



## **Fragenkatalog Woche der Demokratie**

Fragenkatalog ausgefüllt von: Bernd Rützel, MdB

### **Bildung und Schule**

#### **1. Wie geht das ganze Bildungssystem nach Corona weiter?**

Corona hat gezeigt, wie wichtig verlässliche Strukturen bei Bildung, Betreuung und Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit sind. Für den Bereich Bildung sind die Bundesländer zuständig, das ist im Grundgesetz so festgelegt. Aber der Bund kann unterstützen – und das sollte er meiner Meinung nach auch tun.

Wir müssen uns z.B. darum kümmern, dass alle Schulen in Deutschland erstklassig ausgestattet sind. Dazu gehört die Ausstattung aller Schülerinnen und Schüler mit Computern und einem Internetzugang. Manches ist hier schon passiert (z.B. DigitalPakt Schule), aber es muss noch viel mehr geschehen. Wir brauchen ein Modernisierungsprogramm, in dem es um den baulichen Zustand von Schulen geht, aber auch um ihre digitale Ausstattung.

Auf einer Open-Source-Plattform, die bereits durch den Digitalpakt beauftragt und finanziert ist, sollen künftig länderübergreifend Lehr- und Lernmaterialien und Unterrichtskonzepte für alle zugänglich sein. Wir müssen uns auch mehr um Medienkompetenz kümmern.

Mir ist beim Thema Bildung neben der Bildungsgerechtigkeit (dazu gleich mehr) auch wichtig, dass es außer der Vermittlung von Lehrplänen auch um persönliche Unterstützung und Hilfe beim Heranwachsen geht und um die Förderung sozialer Kompetenzen.

#### **2. Was sind die Perspektiven in der Jugendarbeit in Hinblick auf Corona? Wann wird definitiv wieder uneingeschränkt Jugendarbeit möglich sein? ----> Nachdem keine Impfpflicht besteht, muss es ja einen Punkt geben (max. Impfquote...) ab dem wieder geöffnet wird, oder?!**

Wie ist denn Eure Meinung zu einer Impfpflicht? Das würde mich ehrlich interessieren.

Die Impfquote kann nicht Maßstab für notwendige Schutzmaßnahmen sein, ist aber ein wichtiger Faktor, gemeinsam mit den Infektionszahlen und der Belastung des Gesundheitssystems. Wenn diese Zahlen stimmen, dann ist ja auch jetzt schon (fast) alles wieder möglich. Ich könnte mir schon vorstellen, dass für Geimpfte oder Genesene mehr geht, als für diejenigen, die sich freiwillig gegen eine Impfung entscheiden. Beim Impfen geht es ja nicht nur um den Schutz der eigenen Gesundheit sondern auch um Solidarität. Ich hoffe, dass die Zahlen da noch nach oben gehen und mehr Menschen sich impfen lassen.

#### **3. Wie sorgen Sie mit dafür, dass Jugendliche und Kinder aus "sozial schwierigen" Verhältnissen, eine gute Schulbildung und gute Berufschancen bekommen?**

Ohne Präsenzunterricht verstärken sich Ungleichheiten, weil der Familienhintergrund viel entscheidender wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass sich das noch verfestigt, die



Bildungsungerechtigkeit ist auch so schon ein großes Problem. Bildung ist der Schlüssel für die Lebens- und Teilhabechancen jedes und jeder einzelnen. Deutschland hinkt da übrigens im Vergleich zu anderen Industrieländern hinterher. Bei uns hängt immer noch sehr von der sozialen Herkunft ab. Damit will ich nicht abfinden. Lebenschancen dürfen nicht „sozial vererbt“ werden. Kein Kind darf von der Gesellschaft zurückgelassen werden.

Dieser Punkt ist uns auch bei der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den Bundesländern wichtig. Wir wollen deshalb, dass die Vergabe von Mitteln an Sozialkriterien geknüpft wird – die Fördergelder also dahin gehen, wo Kinder und Jugendliche z.B. aus wirtschaftlich benachteiligten Familien nicht alleine gelassen werden. Wir werden außerdem ein Bundesprogramm für Schulsozialarbeit auflegen, mit dem Kommunen Mittel zur Förderung von sog. Chancenhelferinnen und -helfern, die den Schülerinnen und Schülern konkret zur Seite stehen sollen.

#### **4. Reformation Bildungssystem: Anpassung der Lehrinhalte an lebensbezogene Inhalte**

Wie bereits in meinen vorherigen Antworten geschrieben, ist mir beispielsweise die Entwicklung einer eigenständigen Medienkompetenz bei den Schülerinnen und Schülern wichtig. Dabei geht es z.B. darum, wie glaubwürdige Meldungen von anderen zu unterscheiden sind oder ob und wie die eigenen Daten geschützt werden.

Daneben halte ich auch die Vermittlung sozialer Kompetenzen und ein Knowhow in praktischen Alltagsfragen für entscheidend.

## **Klimapolitik**

### **1. Wie wird sich die Klimapolitik verändern? Welche Forderungen werden an die Wirtschaft gestellt?**

Der Klimaschutz ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Klimaschutz geht aber nur gemeinsam! Es geht darum, Klimaschutz als soziale und ökologische Herausforderung für alle Teile der Gesellschaft zu meistern. Nur wenn wir dabei alle mitnehmen, schaffen wir die notwendige Akzeptanz, um unsere Ziele auch wirklich zu erreichen.

Sozialdemokratische Klimaschutzpolitik bedeutet in diesem Zusammenhang, einen verlässlichen Weg für Bürger:innen, für Wirtschaft und Beschäftigte aufzuzeigen, mit konkreten, sozial ausgewogenen Maßnahmen unsere Klimaziele zu erreichen und gleichzeitig unsere Wirtschaft im Strukturwandel zu stärken, indem wir sie unterstützen, ihre globale Wettbewerbsfähigkeit bei Zukunftstechnologien zu erhöhen.

### **2. Was wird aktiv für die Klimapolitik und gegen die Erderwärmung getan um weitere Überflutungskatastrophen zu verhindern?**

Das Ende 2019 beschlossene Klimaschutzgesetz hat die SPD durchgesetzt. Es ist das Fundament der deutschen Klimapolitik. 2021 hat die SPD auf Grundlage der verschärften EU-Klimaziele und nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts das Klimaschutzgesetz novelliert:



- Treibhausgasneutralität soll bis spätestens 2045 erreicht werden.
- Bis 2030 müssen die Emissionen um 65 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 sinken.
- Bis 2040 wurde erstmals ein verbindliches Minderungsziel von 88 Prozent im Vergleich zu 1990 festgelegt.

### **3. Wo sehen Sie Nachholbedarf im Bereich Katastrophenschutz in den Landkreisen Main-Spessart und Miltenberg?**

Wenn wir auf die Flutkatastrophe in Teilen Westdeutschlands blicken, sehen wir, dass in Sachen Katastrophenschutz noch einiges zu tun ist. Angefangen bei der Alarmierung und der Kenntnis und dem Bewusstsein der Bevölkerung über die entsprechenden Signale. Aufklärung tut Not, aber auch überhaupt, dass Sirenen funktionieren.

Notwendige bauliche Maßnahmen müssen finanziell besser unterstützt werden. Oftmals sind diese in den Bundesländern sogenannte "freiwillige Aufgaben" und Städte und Gemeinden können sich viele dieser Maßnahmen schlicht und einfach nicht leisten. Die Planungen gleichen zudem Bürokratiemonster. Hier müssen wir dazu kommen Planungen zu vereinfachen und schneller zu machen.

Abschließend aber auch die Einschätzung, dass bei solchen extremen Starkregenereignissen wie den zurückliegenden, trotz größter Sorgfalt, Planung und Prävention im Rahmen der Gefahrenabwehr kein hundertprozentiger Schutz möglich ist.

### **4. Welchen KONKRETEN Maßnahmen schlagen die Parteien für mehr Klimaschutz vor? (Nicht: soviel weniger Prozent Ausstoß, sondern welche Maßnahme, also z.B. Verbrenner Verbot)**

Die Maßnahmen und Vorhaben, die wir uns als SPD zum Ziel gesetzt haben, sind so zahlreich und vielfältig, dass es den Rahmen sprengen würde, alle hier aufzuzählen. Beispielhaft sind zu nennen: Ausbau der erneuerbaren Energien, Digitalisierung der Stromnetze, mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Bahnstrecken, Wasserstoffleitungen und Ladesäulen für Elektroautos, Aufbau von Speichertechnologien, einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen, eine Solaranlage auf öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten, auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus etc. pp.

### **5. Wie stehen die Parteien zum Tempolimit auf Autobahnen, und was halten sie davon, innerorts generell nur noch 30 kmh zu erlauben? (Das erhöht auch die Verkehrssicherheit für Kinder!)**

Ich bin für ein Tempolimit auf Autobahnen, gut fände ich eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 130 km/h. Das nutzt der Umwelt und hilft der Sicherheit. Geschwindigkeitsbegrenzungen innerhalb von Ortschaften will die SPD mit Tempo 30-Modellprojekten erproben. Das finde ich sinnvoll. Wenn das gut läuft, sollte in Städten und Gemeinden 30 km/h gelten - 50 km/h dann nur noch für Hauptstraßen, vor allem in den größeren Städten.



## **6. Was hat ihre Parte in den letzten 30 Jahren konkret gegen den menschengemachten Klimawandel getan?**

Die SPD hat sich schon seit Mitte der 1980er Jahre verstärkt mit dem ökologischen Umbau der Industriegesellschaft auseinandergesetzt und verschiedene Initiativen entwickelt.

Konkret tätig werden konnte sie erst in Regierungsverantwortung ab 1998, mit bspw. der Einführung der Ökosteuer, dem Beschluss zum Atomausstieg (der von der CDU-FDP-Regierung 2010 wieder rückgängig gemacht wurde, 2011 wieder aktiviert wurde und nun bis 2022 umgesetzt wird), der Einleitung der Energiewende mit geförderten Investitionen in erneuerbare Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG), der Initiative zu einem nationale Klimaschutzgesetz (schon in 2010), das schließlich in 2019 von der SPD in der großen Koalition durchgesetzt werden konnte.

Klimaschutzprogramm 2030 (u.a. CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Ausbau von Ladesäulen, Förderung von Elektrofahrzeugen, Investitionen in den Öffentlichen Nahverkehr), Kohleausstieg, Nationale Wasserstoffstrategie und vieles mehr sind weitere Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel.

## **Generationengerechtigkeit**

### **1. Wie stellen die Parteien sich langfristig Rentenpolitik vor, um Altersarmut zu vermeiden?**

Mein Weg, damit auch nach dem Arbeitsleben der Lebensstandard gesichert ist, ist ganz klar die Stärkung der gesetzlichen Rente. Auch die junge Generation braucht das sichere Wissen, dass es sich lohnt, in unser Rentensystem einzuzahlen – und das auch finanziell Schwächere aufgefangen werden. Mit der Grundrente, der Mütterrente, der Rente ab 63 und vielen Maßnahmen mehr ist die SPD hier seit Jahren daran – und wird da weitermachen. Aber eines kann ich versprechen: Bei einer Erhöhung des Renteneintrittsalters machen wir nicht mit. Gegen ein Sinken des Rentenniveaus kann ich mir moderate Beitragssteigerungen vorstellen: Auch die jüngere Generation möchte lieber etwas mehr einzahlen, aber dafür später auch selbst eine ordentliche Rente bekommen.

### **2. In der Corona-Politik sind Kinder und Jugendliche oft vergessen oder hintenangestellt worden. Was sind Ihre ersten Schritte für die Jugend nach der Bundestagswahl? Welche Dinge wollen Sie für die jungen Menschen konkret angehen?**

Die Corona-Pandemie hat gerade junge Menschen hart getroffen. Aus aktuellen Studien wissen wir: Mit Dauer der Pandemie nehmen Ängste und Sorgen unter Jugendlichen deutlich zu. Viele leiden unter Einsamkeit, vermissen ihr soziales Leben oder haben gar finanzielle Sorgen, weil sie am Beginn des Berufslebens stehen oder ihr Studi-Job gekündigt wurde.

Die SPD hat seit Beginn der Pandemie einiges getan, um die Auswirkungen für junge Menschen abzufedern. Neben der Ausweitung der Telefon- und Beratungsangebote, wie der Nummer gegen Kummer und der Jugendnotmail, haben wir mehr Fördermittel für digitale Angebote der Jugendarbeit und der Jugendverbände bereitgestellt. Mit einem Sonderprogramm von 200 Millionen Euro sichern wir darüber hinaus wichtige Orte für Jugendliche, wie Jugendherbergen und Jugendbildungsstätten.

Aber wir haben noch viel mehr vor:



- Junge Menschen in Ausbildung sollen durch direkte, elternunabhängige Auszahlung des neuen Kindergeldes finanziell abgesichert werden - mit einem zusätzlichen, auskömmlichen Fördersatz an BAföG obendrauf.
- Ohne bezahlbare Wohnheimangebote ist für viele Auszubildende und Studierende eine erfolgreiche Ausbildung nicht möglich. Wir werden sie ausbauen und zudem das Jugendwohnen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe zukünftig für junge Menschen bis 27 Jahre ermöglichen sowie mehr Räume für Jugendarbeit schaffen.
- Zur Unterstützung der beruflichen Orientierung und persönlichen Entwicklung, der Stärkung des freiwilligen Engagements muss jeder junge Mensch nach Ende der Schulzeit die Möglichkeit haben, sich für ein Jugendfreiwilligenjahr zu entscheiden. Außerdem soll es ein bundesweit einheitliches Freiwilligengeld geben, das junge Menschen zusammen mit dem neuen gestaffelten Kindergeld elternunabhängig absichert.
- Wir werden starke Kinderrechte auf Schutz, Beteiligung und Förderung und den Vorrang des Kindeswohls im Grundgesetz verankern.
- Wir werden das Wahlalter für junge Menschen auf 16 Jahre senken. Kinder und Jugendliche müssen auf allen Ebenen an politischen Prozessen beteiligt werden und einen Anspruch auf echte Beteiligung in kommunalen Jugendhilfeausschüssen und Landesjugendhilfeausschüssen haben.
- Jugendverbände und bestehende Beteiligungsstrukturen wie Jugendringe, Kinder- und Jugendparlamente wollen wir dauerhaft und nachhaltig finanzieren und jedes neue Gesetz einem Jugend-Check unterziehen.

## **Deutschland, Europa und die Welt**

### **1. Wie wollen Sie unsere Region weiter fördern?**

Im Prinzip entscheidet sich gute Politik vor Ort - nämlich da wo die Menschen zur Schule gehen und arbeiten, wo sie ihre Freizeit verbringen, wo es um Erreichbarkeit und ÖPNV geht, um Straßen und Radwege, um Internet und Handy-Netze, um Schwimmbäder und Bibliotheken, um Grünanlagen und die konkrete Bewältigung des Klimawandels, um das Angebot und die Struktur unserer Innenstädte, um Wohnraum, Wirtschaftsförderung, sozialen Zusammenhalt und natürlich um Angebote für junge Menschen. Das alles gehört zu den Aufgaben von Kommunen – also von Gemeinden, Städten und Landkreisen. Das ist auch richtig so, weil die die Umstände in ihrer Region am besten kennen und am besten wissen, wo Unterstützung notwendig ist.

Ich will, dass die Kommunen in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Bund hilft mit Förderprogrammen, also mit Geld, und manchmal auch mit Ideen. Wenn es geht, unterstütze ich unsere Region und helfe, damit sie von diesen Förderprogrammen dann auch profitiert.

### **2. Was ist ein gemeinsamer Wertekanon, auf den auf den wir alle bauen können?**

Die Achtung der Menschenrechte und die Überzeugung, dass alle Menschen gleich sind – unabhängig von Religion, Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Hautfarbe oder welchem vermeintlichem Unterscheidungsmerkmal auch sonst.

### **3. Wie schützen Sie unser Grundgesetz?**



Das Grundgesetz ist unser höchstes Gesetz. Als Gesetzgeber muss der Deutsche Bundestag auf die Vereinbarkeit aller Gesetze mit der Verfassung achten. Das wird im Rahmen der Gesetzgebung auch geprüft und von den Gerichten, vor allem dem Bundesverfassungsgericht, kontrolliert. Das ist Teil der Gewaltenteilung, die auch grundgesetzlich geschützt ist.

## **Familie und Soziales**

### **1. Was passiert gegen soziale Ungerechtigkeiten?**

Der Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit war meine ausschlaggebende Motivation, in die Politik zu gehen. Die Corona-Krise hat soziale Ungleichheiten in Deutschland noch stärker als zuvor offengelegt – und teilweise auch verschärft. Die Bekämpfung dieser Ungleichheiten hilft nicht nur den Einzelnen, denen wir unter die Arme greifen, sie hilft uns auch, um langfristig den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken.

Dazu gehören gute Arbeitsverhältnisse mit fairen Löhnen, eine steuerliche Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen und eine bessere Finanzierung der Kommunen. Wie schon weiter vorne erwähnt, ist für mich ein Schlüssel für ein tatsächlich gerechteres Land die Bildungsgerechtigkeit. Jedes Kind soll von klein auf die gleichen Chancen auf Bildung und Teilhabe haben. Das ist sozial gerecht und volkswirtschaftlich richtig.

### **2. Soll das Renteneintrittsalter weiterhin erhöht werden oder wie wollen die Parteien dies verhindern und trotzdem ein Altern in Würde ermöglichen?**

Wie schon weiter vorne erwähnt, hat sich die SPD hier klar positioniert. Eine Anhebung des Renteneintrittsalters wird es mit uns – und auch mit mir persönlich – nicht geben. Darauf können Sie mich gerne festnageln. Grundsätzlich möchte die SPD den Umbau der gesetzlichen Rentenversicherung hin zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen. Wenn wir die Rentenversicherung auf eine breitere Basis stellen, in die auch Menschen mit hohem Einkommen einzahlen, verbessern wir die finanzielle Sicherheit im Alter für alle. Zur Beitragshöhe habe ich bereits weiter vorne etwas gesagt.

### **3. Was sind Ihre Visionen für eine bessere Gemeinschaft, Austausch und Gleichstellung in der Gesellschaft? Was sind Ihre Maßnahmen gegen ideelle, politische, religiöse und sozioökonomische Spaltung der Gesellschaft?**

Wie bereits beschrieben, halte ich es für den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtig, soziale Ungleichheiten auszugleichen. Die SPD will, dass alle Menschen in unserem Land am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Einkommen, etc. Wir kämpfen gegen soziale Ausgrenzung und dagegen, dass unsere Gesellschaft auseinander driftet.

Das bedeutet ganz konkret Armutsprävention, es bedeutet, älteren Menschen die Gesundheitsvorsorge und Pflege zukommen zu lassen, die sie brauchen, um am gesellschaftlichen Leben so weit wie



möglich teilhaben zu können. Und sozialer Zusammenhalt heißt Geflüchteten zu helfen, bei uns anzukommen und sie in unser Miteinander zu integrieren.

Wir müssen Barrieren für Menschen mit Behinderungen weiter abbauen und gleiche Chancen für Frauen und Männer fördern. Außerdem tritt die SPD der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen entgegen. Ich wünsche mir ein Land, das von Vielfalt geprägt ist.

Dazu gehört es auch, sich Rechtsextremismus entschieden in den Weg zu stellen. Das hat die SPD hat in der Vergangenheit immer getan. Und wir stehen auch in der Zukunft stabil gegen rechts.

#### **4. Gibt es postkapitalistische Wege für Deutschland? Wie kann das System des Überflusses und Wachstumszwang überwunden werden?**

Mir geht es darum die Auswüchse des Kapitalismus zu bekämpfen. Hier gibt es eine gesellschaftliche Dimension: Jede und jeder einzelne sollte die eigenen Konsumententscheidungen überprüfen. Vor allem sehe ich aber die Politik in der Verantwortung. Ein wichtiger Schritt ist der SPD dazu vor wenigen Monaten gelungen. Nach hartem Ringen mit CDU und CSU konnten wir im Bundestag ein Lieferkettengesetz verabschieden. Damit endet die Verantwortung deutscher Unternehmen nicht mehr am Werkstor, sondern gilt nun entlang der ganzen Lieferkette. Wenn Unternehmen Produkte und Rohstoffe einkaufen, müssen sie Sorge dafür tragen, dass die Menschenrechte in der gesamten Lieferkette eingehalten werden. Das haben einige Unternehmen bereits gemacht, die anderen sind nun dazu verpflichtet. Als verantwortlicher Verhandler der SPD-Bundestagsfraktion bin ich sehr stolz, dass wir damit das schärfste Lieferkettengesetz Europas haben.

#### **5. Bedingungsloses Grundeinkommen: Wie stehen Sie dazu?**

Die SPD und auch ich selbst wollen kein bedingungsloses Grundeinkommen. Stattdessen wollen wir gute Arbeit garantieren. Wir wollen, dass die Menschen ein Recht auf Arbeit haben. Ordentlich bezahlte Arbeit, die sie nicht krankmacht, die sie am besten gerne machen. Auf Arbeit zu besseren Tarifbindungen – mindestens aber für zwölf Euro pro Stunde. Dabei soll es nicht bleiben: Wir wollen Arbeit, die zum Leben passt. Mit einem Recht auf Home-Office, mit der Familienarbeitszeit und der Brückenteilzeit.

Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen gerät die Beziehung zwischen Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden meines Erachtens stattdessen in eine Schieflage. Arbeit würde zunehmend als Nebentätigkeit zum Grundeinkommen betrachtet werden. Anstelle der direkten Verteilung des Profits über die erkämpften Löhne würde die indirekte steuerliche Umverteilung treten.

Die SPD aber will dafür sorgen, dass Menschen ihr Leben frei und sicher in die Hand nehmen können. Dafür wollen wir den richtigen Rahmen setzen mit arbeitspolitischen, steuerpolitischen und bildungspolitischen Reformen.